



**In dem Verfahren  
über  
die Verfassungsbeschwerde**

der Frau (...),

- Bevollmächtigter: (...) -

gegen a) den Beschluss des Bundessozialgerichts  
vom 26. September 2022 - B 7 AS 38/22 C -,

b) den Beschluss des Bundessozialgerichts  
vom 2. August 2022 - B 7 AS 10/22 B -,

c) das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg  
vom 21. Dezember 2021 - L 29 AS 1225/20 -

u n d Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe  
und Beordnung eines Rechtsanwalts

hat die 3. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts durch

die Richter Christ,

Wolff

und die Richterin Meßling

gemäß § 93b in Verbindung mit § 93a BVerfGG in der Fassung der Bekanntmachung  
vom 11. August 1993 (BGBl I S. 1473)

am 18. Oktober 2024 einstimmig beschlossen:

Der Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beordnung von  
Rechtsanwalt (...) wird abgelehnt.

Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen.

## **G r ü n d e :**

Die Beschwerdeführerin wendet sich dagegen, dass das Landessozialgericht die von 1  
ihr erhobene Berufung zurückgewiesen hat, nachdem es einem von ihr gestellten Termin-  
verlegungsantrag wegen einer mit positivem Antigentest nachgewiesenen Coronainfek-  
tion nicht entsprochen hatte, sowie gegen die Verwerfung ihrer im Anschluss zum Bundes-  
sozialgericht erhobenen Nichtzulassungsbeschwerde und der darauf folgenden Anhö-  
rungsrüge.

1. Die Verfassungsbeschwerde ist nicht zur Entscheidung anzunehmen. Annahmegründe 2  
nach § 93a Abs. 2 BVerfGG liegen nicht vor, weil die Verfassungsbeschwerde unzulässig ist.

a) Dahinstehen kann, ob es - wie die Beschwerdeführerin rügt - mit dem Grundrecht auf 3  
Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 GG) unvereinbar war, dass das  
Bundessozialgericht im Hinblick auf die Vierte Berliner Verordnung über erforderliche  
Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Infektionen mit dem Coronavirus  
SARS-CoV-2 (4. InfSchMV) Vortrag zu den Möglichkeiten verlangt hat, eine Absonderungs-  
pflicht zu beenden, obwohl der Sachverhalt zumindest keine konkreten Anhaltspunkte da-  
für bot, dass einer der entsprechenden Tatbestände erfüllt war.

Die Beschwerdeführerin hat jedenfalls nicht dargelegt, dass die Entscheidung des Bun- 4  
dessozialgerichts hierauf beruht (vgl. BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats  
vom 20. Februar 2023 - 1 BvR 795/21 -, Rn. 30). Sie setzt sich nicht damit auseinander, dass  
nach Ziff. 6.2 der Allgemeinverfügung des Bezirksamtes Pankow vom 1. November 2021  
für sogenannte Verdachtspersonen, wozu auch die Beschwerdeführerin zählte, die Abson-  
derungsfrist „mit dem Vorliegen eines negativen PCR-Testergebnisses, spätestens jedoch  
nach zehn Tagen“ endete.

Sofern das Landessozialgericht ihren Verlegungsantrag vor der mündlichen Verhandlung 5  
nicht beschieden hat, hätte die Beschwerdeführerin dazu schon in ihrer Nichtzulassungs-  
beschwerde nicht vorgetragen und dies auch nicht zum Inhalt der Verfassungsbeschwerde  
gemacht.

b) Von einer weiteren Begründung der Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde zur 6  
Entscheidung wird nach § 93d Abs. 1 Satz 3 BVerfGG abgesehen.

2. Der Antrag der Beschwerdeführerin auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung eines Rechtsanwalts ist abzulehnen, weil die Rechtsverfolgung keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet (§ 114 Abs. 1 Satz 1 ZPO analog; vgl. BVerfGE 78, 7 <19 f.>).

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.

Christ

Wolff

Meßling